

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Gratisparken für umweltfreundliche Pkw

GR. **Herper** stellt namens von SPÖ und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich dafür, vorgezogen worden zu sein, da ich dann zu einer Verabschiedung eilen muss eines verdienstvollen Mitarbeiters, der in frühen Jahren verstorben ist. In diesen Minuten wird im Innsbrucker Gemeinderat das Stück, das ich sozusagen in Vorschlag bringe, in Form eines dringlichen Antrages von SPÖ und FPÖ bisher im Innsbrucker Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgetragen, zur gleichen Minute, und zwar auf Grund eines einstimmigen Stadtsenatsbeschlusses im Innsbrucker Stadtsenat. Ich freue mich, dass eine Landeshauptstadt, die mehrheitlich von der Liste der Innsbrucker Volkspartei und der freiheitlichen Partei geführt wird, die Zustimmung der Grünen und der Sozialdemokratie im Stadtsenat gefunden hat, dem Stück die Zustimmung dort geben wird, nämlich dem Gratisparken für umweltfreundliche Pkw. Dieser Beschluss am 10. März im Innsbrucker Stadtsenat mit Zustimmung auch der grünen Stadträtin Mag.^a Uschi Schwarzl hat mich animiert nachzuschauen, ob es nicht möglich wäre, eine solche Vorgehensweise auch für Graz in Erwägung zu ziehen. Es gibt so etwas wie ein Umweltparken bereits in der Landeshauptstadt Graz verdienstvollerweise, das sich als § 5 der Grazer Parkgebührenverordnung von 2006 wiederfindet, wobei Benzin,- Gas- und Dieselfahrzeuge an einen bestimmten CO₂-Ausstoß pro gefahrenem Kilometer grenzwertig nicht übersteigen dürfen. Es gibt auch quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit auf der Homepage der Stadt Graz eine E-Befreiung als Sonderregelung für Fahrzeuge, die ausschließlich elektrisch angetrieben werden, die aber sozusagen noch immer unter Geheimnis läuft. Das musst du auch anerkennen, Lisa, deswegen war mein Animo, mein Antrieb, ist so etwas wie in Innsbruck, wo es eine Einstimmigkeit gibt in der Vorgehensweise und heute Nachmittag gemeinsam beschlossen wird, ist eine solche Vorgehensweise auch für die Landeshauptstadt Graz vorstellbar, kann man das, was derzeit unter Sonderregelung läuft, unter Umweltparken läuft und ermäßigtem Tarif, kann man das zusammenfassen, kann man das prüfen lassen, deswegen mein Vorschlag und nicht weiter bin ich

gegangen, weder einen Beschluss zu fordern, noch eine Einforderung zu holen, ein Projektteam einzusetzen, das die Möglichkeiten prüft, dem Innsbrucker Beispiel zu folgen, eine größere Lösung auch für Graz für umweltfreundliche Fahrzeuge in Graz anzustreben und eine entsprechende Verordnung des Gemeinderates für das Parken mehrspuriger Fahrzeuge so zu ändern, dass wir auch in Zukunft möglicherweise auch gratis diese Fahrzeuge parken können. Natürlich immer unter Beachtung der entsprechenden Grenzwerte. Ich fordere im dringlichen Antrag, mir sozusagen als Ergebnis bis zum Gemeinderat im Juni ein Ergebnis vorzulegen und dieser unbillige Versuch wäre durchaus statthaft, wenn ich denke, was Innsbruck gemeinsam alle Gemeinderatsfraktionen tun können Schwarz, Grün, Rot, FPÖ, das wird doch hoffentlich auch in Graz möglich sein. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker** zur Dringlichkeit: Lieber Herr Klubobmann! Ich kann dein Ansinnen nachvollziehen und in einem Punkt gebe ich dir vollkommen Recht, die Öffentlichkeitsarbeit, ich habe das noch einmal besprochen mit den zuständigen Stellen, ist nicht gut informiert zum Thema Umweltparken und Elektroparken, weil das derzeit leider so ist, dass das eine unter den Parkrauminformationen ist und das andere unter Sonderinformationen. Das ist sehr unglücklich, da hast du Recht. Aber was Innsbruck hat oder was Innsbruck jetzt macht, haben wir. Es gibt eben seit 1997 in Graz vom Gemeinderat gemeinsam beschlossen die Befreiung von jeder Parkgebühr für Elektrofahrzeuge, das ist genau das, was in Innsbruck jetzt auch beschlossen wird.

Zwischenruf GR. Herper: *In Innsbruck sind Elektro, Gas und Hybrid gratis.*

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Zu den anderen emissionsarmen Fahrzeugen, wie du richtig bemerkst, gibt es das Umweltparken. Das ist ein ermäßigter Tarif, das wird von der

Stadt angeboten. Aber ich wollte dir deswegen antworten, wegen der Frage der Dringlichkeit und weil du eine Arbeitsgruppe einrichten willst. Wie du weißt, gibt es im KEK den Arbeitsbereich 4 und da möchte ich dir kurz berichten, was der Zwischenstand ist, das heißt, die Dringlichkeit kann ich dir deswegen nicht zuerkennen, weil bis Juni mit Sicherheit ein Paket vorliegen wird, das in dieser Arbeitsgruppe entwickelt wird, wo es um die Unterstützung und die Forcierung von E-Mobilität in Graz aber auch eben emissionsarmen Fahrzeugen in Graz geht. In dieser Arbeitsgruppe sind derzeit dabei Stadt Graz, die Vorstandsgesellschaft Mobilität, Graz AG, Wirtschaftskammer, Arbeiterkammer, Energie Graz, Magna, Ecar Systems, Grazer Parkraumservice, Raiffeisenleasing, Grazer Energie Agentur etc., da gibt es unterschiedliche Akteure und das Aktionsprogramm, an dem gearbeitet wird, da geht es eben nicht nur darum, wie die Parksituation verbessert werden kann, sondern vor allem auch um Einrichtung von den Ladestationen im öffentlichen Raum. Dann wie ein Einkaufspool für Elektrofahrzeuge aufgebaut werden kann, die Fahrzeugumstellung der stadt eigenen Flotten, Stadt-E-Fahrzeuge und CarSharing mit Wohnbaugenossenschaften im Bereich E-Mobilität zu entwickeln, da gibt es auch konkrete Projekte, die im Anlaufen sind, E-Fahrzeuge für Kommunaldienste, Pedelec für Dienststellen, Flottenberatung zur Fuhrparkumstellung für Betriebe, Mobilitätspakete für private NutzerInnen, Elektrofahrzeugpool bei Wohngebäuden für Private eben, Infokampagne und Roadshow für Elektroräder, die auch teilweise schon stattfinden, Sonderparkplätze für E-Fahrzeuge und ich sehe dort noch einen Bedarf, wenn dann die Tankstellen im öffentlichen Raum errichtet werden, dass in dem Bereich natürlich Sonderparkplätze errichtet werden müssen. Die Idee, emissionsarmen Fahrzeugen generell das Parken sozusagen gratis zu gestatten, ist eigentlich nicht mehr sinnvoll zu einem Zeitpunkt, wo die Flotten schon umgestellt werden, weil das Parken oder die Bewirtschaftung des Parkraums ja nicht nur eine Frage der Emissionen ist, sondern insbesondere auch der Frage des Platzes und wenn wir zunehmend Fahrzeuge haben, die zum Glück emissionschwächer unterwegs sind und wir jetzt das Parken dort überall gratis machen, das hat Sinn in einer Pionierphase zur Einführung einer neuen Technologie, und in dem Sinn sind wir bei der E-Mobilität gut ausgestattet, aber nicht in einer so breiten Masse, dass wir unser eigenes Parkraumkonzept damit wieder aushebeln. In dem Sinn inhaltlich werden wir uns da gut abstimmen und es wird auch entsprechende Ergebnisse in der nächsten Zeit geben, deswegen keine Dringlichkeit (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stvin. Rücker übernimmt um 14.55 Uhr den Vorsitz.

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister! So wie Sie das dargestellt haben, ist es aber wirklich nicht. Erstens über die Sonderregelung weiß kein Mensch Bescheid, keine Sau, wie man auf steirisch sagt, weiß davon, wo man diese Ermäßigungen bekommt; das Zweite ist, wenn wir nachhinken, was es in anderen Städten Österreichs und anderswo gibt, dann sage ich, ist das absolut unbefriedigend, gerade vor einer Autostadt Graz, zu der ich mich bekenne, wo tausende Arbeitsplätze von Graz und vor allem Graz-Umgebung hier dranhängen und eigentlich dieses Thema stiefbürgerlich von der schwarz/grünen Regierung behandelt wird. Und wenn Sie sagen, und das ist wirklich eine Unwahrheit, was Sie behaupten, dass die Höhe der Gebühren sich nicht an den Emissionen richtet, sondern an der Verfügbarkeit des Platzes, so sage ich, der Platz ist nicht geringer geworden und dennoch haben wir Gebührenerhöhungen gehabt. Also so ist es nicht. Wir unterstützen daher seitens des BZÖ diesen Antrag, der aus meiner Sicht absolut in die richtige Richtung weist, dass wir sehr ökologische Individualverkehrsmodelle wirklich stärken, weil einfach mit dem öffentlichen Verkehr nicht alleine und auch nicht dem Radl und Zu-Fuß-Gehen alleine das Auslangen gefunden werden kann. Der mobile Individualverkehr ist besonders gerade für die ältere Bevölkerung, die eben nicht so gehfähig ist, die nicht so sicher radeln kann, einfach ganz wichtig, um sich innerhalb von Graz und darüber hinaus zu bewegen, noch dazu, wo der öffentliche Verkehr, was die Bahn anbelangt, zunehmend sich schlechter darstellt und anscheinend überhaupt nicht mehr gewillt ist, den Personenverkehr wirklich entsprechend zu betreiben, sondern einfach im Frachtverkehr mehr Gerstl zu verdienen. Also ich würde hier mehr Realitätsbezug wirklich einmahnen und glauben, dass wir hier diesen Weg beschreiten sollen und weg von Spaceprojekten gehen, die heute auch abgesagt worden sind im Gemeinderat und wirklich diese Linie fortzubringen und in diesem Sinne unsere Unterstützung gerne vom BZÖ. Danke (*Applaus BZÖ*).

GRin. **Bergmann:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich noch gut erinnern, wie diese Parkraumbewirtschaftung in Graz eingeführt wurde. Es war in erster Linie eine Frage des Platzes. Ich selber bin herumgekurvt eine halbe Stunde, bis ich einen Parkplatz gefunden habe, da hätte ich wahrscheinlich weiter draußen auch parken können und mit dem Bus in die Stadt fahren und habe letztendlich keinen Parkplatz gefunden. Mit der Einführung dieser Parkraumbewirtschaftung der Blauen Zonen, und wir haben die ja auch jetzt schon ausgeweitet und die Grüne Zone eingeführt, weil es auch viele Bürger und Bürgerinnen eigentlich wollen, damit sie in ihrer Umgebung auch wirklich einen Parkplatz bekommen. Also für mich war das nicht eine Frage der Ökologie, sondern wirklich des Platzangebotes. Die Feinstaubproblematik können wir wahrscheinlich mit dieser Möglichkeit nicht lösen, denn was ich noch sehe in diesem Antrag die Gefahr, dass es wieder die, die sich schadstoffarme Autos leisten können, die sich Elektroautos leisten können, die kriegen dann die Gratisparkplätze auch noch und die, die sich eigentlich gar kein neues Auto leisten können, aber trotzdem mobil sein müssen, die sollen dann weiterhin dementsprechend pecken, also dem kann ich eigentlich nichts abgewinnen, also ist für mich auch die soziale Frage mit diesem Antrag eigentlich fehlgeschlagen. Das wollte ich eigentlich sagen damit. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Wir können von Seiten der ÖVP-Fraktion der Dringlichkeit auch nicht zustimmen. Ich möchte nur noch einmal zum Kollegen Mariacher kommen, also zunächst einmal, ich glaube, die Stadt Graz braucht bei diesem Thema ihr Licht nicht unter den Scheffel stellen. Überhaupt keine Frage, wir haben das Umweltparken seit vielen Jahren, das ist eine Preisreduktion für Autos mit einem geringen CO₂-Ausstoß, also modernste Kleinwagen werden mittlerweile auch schon darunterfallen und natürlich hybridgetriebene Autos und gasbetriebene Autos etc. In diesem Bereich, für dieses Segment muss man natürlich sagen, natürlich ginge es bei der Parkraumbewirtschaftung auch um die Bewirtschaftung des knappen Parkraumes und darüber hinaus muss man sagen, dass natürlich in der Feinstaubthematik das, was aus dem Auspuff rauskommt, das eine Thema ist, aber die Zahl der Autos insgesamt sozusagen natürlich auch ein wesentliches Thema ist. Also hier den besonderen Umweltaspekt beim Parken hervorzuheben, macht einen gewissen Sinn

und ich glaube, das haben wir im Zuge dieses Trendsetterprogrammes mit dem Umweltparken und dem Umweltjeton gemacht. Eines ist klar, es wissen sehr wenige davon und da sollte man wirklich da einen neuen Anlauf nehmen, diesen Umweltjeton und dieses Umweltparken auch zu bewerben, weil ich glaube, bisher haben 150 ungefähr Grazerinnen und Grazer davon Anspruch genommen, also das ist wirklich nicht sehr viel. Der zweite Punkt, wo man natürlich schon auch da einen Anreiz setzen kann, das ist rein elektrisch betriebenen Fahrzeugen, hier gibt es bereits die Ausnahme, also die bräuchten eigentlich keine Parkgebühren bezahlen und da ist vollkommen richtig, sind die Expertenrunden beim KEK am Besprechen. Darüber hinaus auch natürlich immer die Expertenrunde rund um das Parkraummanagement mit Verkehrsplanung, mit Pobatschnig, mit Mag. Nigl auch zusammen, um hier auch neue Formen zu bringen. Also ich glaube, insgesamt die Stadt Graz macht sehr viel, Innsbruck rückt nach, deswegen aus unserer Sicht auch keine Dringlichkeit heute (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Ich wollte noch ganz kurz, weil der Herr Gemeinderat Mariacher offensichtlich nicht folgen konnte zuerst meinen Ausführungen, dass ich es ihm noch einmal erklären kann, aber er ist jetzt gar nicht da offensichtlich, es interessiert ihn das Thema nicht ganz so brennend, wie er zuerst getan hat.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Aber er war derjenige, dem ich noch etwas deutlich machen wollte, weil ich von ihm missverstanden wurde, da ist er. Herr Gemeinderat Mariacher, noch einmal, in Graz ist das Parken mit einem elektrischen Fahrzeug seit 1997 gratis, weil Sie sagen, das hat Innsbruck. In Innsbruck wurde das gerade erfunden, in Graz gibt es das schon länger. Umweltparken in Graz auch seit Jahren, ein Drittel weniger in der Kurzparkzone, die Hälfte in der Grünen Zone als Parktarif.

Zwischenruf GR. Mag. Mariacher: Das Marketing ist schwach.

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Ja genau, das habe ich auch zugegeben, da haben wir in der Öffentlichkeitsarbeit noch einiges zu tun, das muss stärker an die Menschen herangetragen werden, es ging nur darum, das einzuführen, macht nicht Sinn und die zweite Thematik, die ich noch einmal aufgreifen wollte: Parkraumbewirtschaftung ist ein Instrument, das hat auch die Kollegin von der KPÖ, Frau Bergmann, sehr deutlich gemacht, war auch ein Argument und eine Grundlage, um in der Stadt mit dem vorhandenen Parkraum, der gleich wertvoll ist, egal welches Fahrzeug dort steht, ob dort ein emissionsarmes Fahrzeug steht oder eines, das viel Emissionen produziert, ist ja für die Stadt gleich viel wert die Grundfläche, diese Flächen möglichst gerecht so aufzuteilen und so zu bewirtschaften, dass sie gut für jene, die sie wirklich brauchen, zur Verfügung stehen. Und wenn wir jetzt anfangen, alle Fahrzeuge, die ja momentan zum Glück in einem Wandel sich begreifen, hineinzunehmen in eine Gratlösung, dann würden wir sozusagen das Parkkonzept, das Parkraumbewirtschaftungskonzept in Frage stellen, das wollte ich vorher erklären, ich hoffe, es ist jetzt besser angekommen. Zur Öffentlichkeitsarbeit ja und zu dem, dass es im ganzen Bereich der Förderung von emissionsloser Mobilität oder emissionsarmer Mobilität Pakete braucht, die das fördern, ja auch dazu, und dazu wird es in der nächsten Zeit Ergebnisse geben. Jetzt bitte zum Schlusswort.

GR. **Herper:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es hätte mich natürlich gefreut, wenn wir in dem ökologischen Thema an einem Strang ziehen würden in der Ökostadt, was wir schon seit 15 Jahren tun. Für mich war das nur ein Antrieb, die Innsbrucker Lösung zu prüfen, ob das übertragbar ist und ich wusste, dass es das Umweltparken gibt als Geheimnis, noch als größeres Geheimnis die Sonderregelung seit 1997 und mir war es nur einfach darum gegangen, und ich habe in deinen Worten die Berechtigung gefunden, dass mehr Öffentlichkeitsarbeit passieren muss, dass es ein Anstoß ist mein dringlicher Antrag. Ich hätte mir auch gewünscht, dass, wenn das KEK-Ergebnis bis Juni vorliegt, dass man das zubilligen könnte dem Gemeinderat,

nicht nur das KEK, sondern auch diese spezielle Form zu berichten, dass man zumindest nicht sagt, das ist eine Geschichte, die aus der SPÖ kommt und deswegen können wir das nicht billigen, sondern ich hätte gerne diese Gemeinsamkeit, weil die schwarz/grüne Gemeinsamkeit gibt es ja auch in Innsbruck. Und deswegen hätte ich mir gewünscht, dass wir an einem Strang ziehen, ich freue mich zumindest, dass ich einen Antrieb gegeben habe, dass die Öffentlichkeitsarbeit diesbezüglich verbessert wird und ich warte auf das Ergebnis des KEK, wir werden das natürlich entsprechend auch begleiten. Danke (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Pflegefinanzierung

GRin. **Haas-Wippel** stellt namens der SPÖ und der ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Grund des demographischen Wandels wird sich in den nächsten Jahren besonders die Zahl der hochaltrigen, nämlich der 80- und 85-Jährigen stark erhöhen und gerade diese Menschen weisen einen hohen Betreuungs- und Pflegebedarf auf. Aus diesem Grund und auch durch den Wegfall der familiären Netze wird sich der Anteil jener Menschen, die in einer Institution ihren Lebensabend verbringen werden, zwangsläufig erhöhen.

Pflegebedürftigkeit ist ein Lebensrisiko und die finanziellen Konsequenzen können die betroffenen Haushalte rasch überfordern. Wenn der Grundaufwand für Pflegeleistungen nicht aus dem laufenden Einkommen inklusive des Pflegegeldes

gedeckt werden kann, ist es erforderlich, Ersparnisse und Vermögenswerte aufzulösen oder um Hilfe von dritter Seite anzusuchen. Es überrascht daher nicht, dass auch nach Einführung des Pflegegeldes viele Pflegebedürftige auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen sind. Es sind derzeit mehr als zwei Drittel der PflegewohnheimbewohnerInnen sind SozialhilfeempfängerInnen.

Im Bereich der Sozialhilfe wurden 2009 in der Stadt Graz inklusive Landesanteil rund 83 Millionen Euro für stationäre, semistationäre und ambulante Einrichtungen verwendet und stellen damit auch eine große Belastung der öffentlichen Haushalte dar.

Die Absicherung der Bevölkerung gegen das Risiko der Pflegebedürftigkeit ist daher eine wesentliche Herausforderung für die Zukunft, für die Gesellschaft und vor allem für uns als Politikerin und Politiker.

In Österreich, einem der reichsten Länder der Welt, darf die Pflege- und Betreuungsbedürftigkeit von Menschen kein individuelles Risiko sein. Allen Menschen muss ausreichend Unterstützung und Betreuung durch staatliche und solidarische Leistungen gesichert werden. Im Zentrum der Überlegungen muss die soziale Gerechtigkeit und Leistbarkeit bei der Finanzierung der Pflege und Betreuung stehen.

Die Entwicklungen im Bereich der Pflege und Betreuung sind mit den herkömmlichen finanziellen Instrumenten schwer bewältigbar. Derzeit muss mangels Alternativen die Sozialhilfe für die Pflegefinanzierung herangezogen werden, obwohl sie dafür grundsätzlich ungeeignet ist.

Österreich braucht dringend eine zukunftssichere, stabile Pflegefinanzierung. Teillösungen wie die 24-Stunden-Betreuung, die Abschaffung des Regresses oder die Anhebung des Pflegegeldes sind zu begrüßen, bleiben aber letztlich nur Mosaiksteine ohne Gesamtbild. Deshalb muss das Ziel eine sozial gerechte, stabile und haltbare Pflegefinanzierung sein und diese muss ein flächendeckendes und qualitätsvolles Angebot von unterschiedlichsten sozialen Dienstleistungen sicherstellen und es muss mit Rechtsanspruch versehen sein für die Einzelne, für den Einzelnen.

Weiters muss allen in Österreich lebenden Menschen der gleiche Zugang zu Pflege- und Betreuungsleistungen ermöglicht werden und auch verbindliche

Qualitätsstandards und Strukturqualitätskriterien für soziale Dienstleister sollten österreichweit einheitlich eingeführt werden.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ- und ÖVP-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz möge im Wege einer Petition an die Bundesregierung herantreten, die Finanzierung des Risikos Pflege durch ein geeignetes, zukunftssicheres und nachhaltiges Finanzierungssystem derart zu lösen, dass Pflegebedürftigkeit nicht zu einem finanziellen Risiko betroffener Menschen wird (*Applaus SPÖ*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Nachdem sich hier abzeichnet eine Mehrheit in der Dringlichkeit, bitte gleich zum Antrag zu diskutieren.

GRin. Mag.^a **Taberhofer** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Der vorliegende Motivenbericht verdeutlicht wirklich eindrücklich, in welcher Form Herausforderungen im Pflegebereich auf uns zukommen. Sei es jetzt die demographische Entwicklung, sei es eine zukünftige Familienentwicklung oder Entwicklungen bei Versorgung und Personal. Es gibt Zahlen, dass ungefähr 400.000 Menschen in Österreich PflegegeldbezieherInnen sind, zirka 60.000/70.000 davon in Heimen und Spitälern, zwei Drittel der Pflegegeldbezieherinnen sind Frauen und die überwiegende Zahl der PflegegeldbezieherInnen sind alt. Wichtig bei dieser Herausforderung ist es, die Finanzierung einer qualitätvollen Pflege sicherzustellen und da gibt es noch einiges an Aufgaben, die in Österreich auf uns zukommen, wenn ich jetzt nur herausgreife Probleme, die es in der mobilen und stationären Pflege gibt, kann man ausgehen davon, es gibt viele unbesetzte Stellen, eine geringe Verweildauer im Beruf, hohe berufliche Belastungen und eine geringe Qualifikation des Diplompersonals im Europavergleich und jetzt bezogen auf Beschäftigte in der Pflege heißt das auch

ungedeckter Personalbedarf, eine starke Fluktuation, Belastungen durch Personalmangel. Insgesamt heißt das, es muss mehr Geld in diesen Bereich auch fließen, damit eben wirklich die qualitätsvolle Pflege auf Perspektive sichergestellt werden kann. Wichtig ist für mich noch zu erwähnen, Pflegegeld erfordert eine zusätzliche materielle Absicherung der PflegegeldempfängerInnen, das setzt voraus Pensionen, höhere Pensionen und wenn ich vorher gesagt habe, zwei Drittel der PflegegeldbezieherInnen sind Frauen, dann macht es deutlich Armut, Frauen, Alter, Pflegegeldbezieher, hoher Anteil, das heißt, wenn ich vorher die Voraussetzungen für ein lebenswertes Leben, eine existenzielle Absicherung sicherstelle, dann ist das Pflegegeld nur mehr der Teil, der es eigentlich sein soll, dass ich mir Leistungen im Bedarfsfall zukaufen kann, die meiner Pflege zugute kommen und nicht das Geld dafür nutze, damit ich überhaupt überleben kann. Und Pflegegeld erfordert flächendeckende Versorgung mit sozialen Diensten und wichtig ist auch (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) eine Wahlfreiheit, also größere Kapazität der Dienste, als der derzeitige Bedarf erscheint. Als KPÖ möchte ich nur ganz deutlich zum Schluss noch formulieren, wenn wir eine bessere finanzielle Sicherstellung jetzt in diesem Bereich, das brauchen wir, aber wichtig ist für mich klarzustellen, es darf nicht über eine zusätzliche Pflegeversicherung passieren, wie das vielerorts heftig diskutiert wird, denn ich gehe davon aus, dass Pflegeleistung nicht nach dem Versicherungsstatus dann gewährleistet werden kann, sondern dass der Bedarf entscheidend ist. Also die Belastungen von Menschen über zusätzliche Versicherung halten wir als KPÖ für absolut verwerflich als Vorgangsweise und das möchte ich nur klarstellen, dass das auch in einer Petition Berücksichtigung findet, dass es also nicht zu einer zusätzlichen Belastung in dem Bereich kommen darf. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Benedik:** Werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Sehen wir uns die Demographie an, weiß man, dass ein Pflegeversicherungssystem in Zukunft unumgänglich und notwendig ist und dies nicht nur auf Graz bezogen. Außerdem kann es sich hier nur um eine österreichweite Lösung handeln, die in der Bundeskompetenz zu finden ist. Wir alle wissen, dass es Tendenzen und Bestrebungen im Bund bereits gibt, eine Pflegeversicherung

einzuführen und diese wird auch auf breitester Fachebene bundesweit diskutiert. Dieser Antrag ist uns zwar sehr allgemein gehalten, vielmehr lässt sich daraus nichts Konkretes, nichts Neues, nichts Wesentliches, nichts Richtungsweisendes, auch keine neuen Vorschläge ableiten. Diese Petition kommt uns eher vor wie ein Na-net-na-na-Antrag, trotzdem stimmen wir der Dringlichkeit und dem Antrag schon alleine wegen der Notwendigkeit in Zukunft zu (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Thema ist in mehrerer Hinsicht heiß, die älter werdende Bevölkerung ist angeschnitten, besonders stark natürlich in den Großstätten, in den Landeshauptstädten wie Graz, wo dieses Phänomen sichtbar wird, wo der Anteil Jahr für Jahr an den sehr Alten, über 80-Jährigen besonders stark ansteigt. Wir haben die Probleme im Finanzierungsbereich, wie hier angeschnitten ist, wir haben sie genauso in den Spitälern, wo Pflegebedürftige, die nicht entsprechend betreut werden, nicht im ausreichenden Ausmaß, überdrehte Effekte, immer wieder unsere Spitäler belasten und das dahergehend schon allein, Kollegin Taberhofer, die Krankenversorgung von der Pflegeversorgung auch hinsichtlich der Gebühren und des Aufwandes und der Verrechnung von Pflegegeldleistungen zu trennen. Es macht keinen Sinn hier dies gemeinsam zu führen, jeder weiß, das Akutspitalbett kostete ein Vielfaches von dem, was ein Pflegebett benötigt. Hier diese Leistungen zu vermischen, wie es früher noch verstärkt der Fall war, wo man sich jetzt bemüht, das zu trennen, ist sicherlich der falsche Weg und wenn ihr suggeriert den Bürgerinnen und Bürgern, liebe KPÖ, dass ihr Leistungen bekommen könnt, ohne dass es irgendjemanden etwas kostet, dann seid ihr in Phase des Sozialismus in Reinkultur, so wie man das früher in der UdSSR gemacht hat und wo das sicherlich völlig daneben ist und realitätsbezogen einfach unfair ist, das zu behaupten. Wir treten daher ein, weil wir nämlich wissen, dass eine gute Pflege entsprechend Geld kostet, wir treten klar dafür ein, dass wir österreichweit die Anzahl der 22 noch verbleibenden Sozialversicherungsträger der Krankenversorgung zusammenzufassen, nach Möglichkeit auf eins zu reduzieren, gemeinsam mit der Unfallversicherungsanstalt, dass wir daneben eine einzige Pensionsversicherung haben und dass wir als drittes Glied die Pflegeversicherung

haben, die hier auch das entsprechende Geld in erster Linie über Einsparung, aber möglicherweise wird es durch Einsparungen nicht alleine gehen, auch durch einen gewissen Beitragsteil, der solidarisch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verrechnen ist, wirklich aufgebracht wird. Ich glaube, das ist ein seriöser Weg, den wir seitens des BZÖ auch bundesweit vorschlagen und (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*) wir sehen sehr viele dieser Intentionen auch in diesem Antrag berücksichtigt und daher werden wir seitens des BZÖ Graz diesem Antrag dem Inhalt und dem Wesen nach zustimmen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Baumann**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Pflegeversicherung ist eine wichtige Aufgabe, die in der Bundesregierung diskutiert werden muss und werden soll und wir unterstützen jeden Sozialdemokraten und jede Sozialdemokratin, dass diese Pflegeversicherung eingeführt wird. Von uns aus gibt es ein klares Ja zu diesem Antrag, auch wenn wir den Fokus auf Pflegeheime und dieses Starren auf die außerhäusliche Betreuung schon ein bisschen skeptisch sehen, es gibt viele Möglichkeiten, auch mobile Pflegeeinrichtungen zu fördern und zu unterstützen, weil da liegt das größte Potential auch in Bezug der Menschlichkeit und in Bezug auf die Finanzierbarkeit von Pflege in Zukunft. Wir werden diesen Antrag mitunterstützen (*Applaus Grüne*).

GR. **Rajakovics**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf Grund der vielen Gespräche merke ich, dass der Antrag so angenommen wird, wie er gestellt ist. No na ist man dafür, dass auf Bundesebene endlich eine Lösung gefunden wird. Deshalb sind wir auch natürlich dabei, den zu unterstützen, müssen ja auch letztlich die Fraktionen von ÖVP und SPÖ in erster Linie Vorschläge bringen. Aber ich möchte da anschließen an Kollegen Heinz Baumann. Es wäre halt günstig, wenn wir Anträge und Petitionen nach Wien schicken, ein bisschen ausgefeilter manche Dinge auch darstellen, gerade die mobilen Dienste, wir werden ja einen Informationsausschuss auf dem Sozialausschuss nächsten Monat dazu haben, stellen sicher einen wesentlichen Teil der Pflege dar. Ich würde mir auch wünschen, dass bei neuen

Modellen im Personenbetreuungsbereich auch von Seiten der SPÖ da durchaus das eine oder andere Positive abgewonnen würden. Wenn ich dann mich selber nicht mehr höre (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), muss ich aufhören. Gerade bei der Personenpflege, vier bis acht Stunden-Pflege für jene, die im Familienverband noch leben, da gäbe es noch sehr viele Dinge, die auch auf Bundesebene zu regeln wären und die vielleicht durchaus Platz finden sollten in so einer Petition. Die Seniorenverbände, sowohl Kohl als auch Blecha haben ja in Richtung Pflegeversicherung und Pflegevorsorge sich in den letzten Wochen sehr deutlich auch gemeldet, nur eines muss ich auch ganz klar festhalten, im Finanzausgleich ist das ein ganz ein wesentliches Thema und es gibt in diesen Verhandlungen zum Finanzausgleich zwei Sondergruppen, das eine ist zum Thema Gesundheit, das andere ist zum Thema Pflege. Also wir unterstützen euch in dem Fall gerne auch bei der Petition, weil wir uns natürlich wünschen, dass wir, wenn am Montag der zuständige Minister Hundsdorfer genau zu diesem Thema sich dann die Vorschläge erarbeiten wird, dass er da wirklich auch eine Lösung, und zwar möglichst bald, eine tragfähige Lösung vorlegt, weil die Zuständigkeit dieses Themas für Österreich zu regeln liegt, und das muss man trotz allem immer wieder betonen, seit 60 Jahren bei der Sozialdemokratie, die in den meisten Ländern die Sozialreferenten und seit vielen Jahren auch einen Sozialminister gestellt hat, der diese Dinge ja in der Hand gehabt hätte, schon vorweg etwas zukunftssträchtiger zu regeln. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wenn ich das richtig erfasse, haben sich alle Fraktionen zum Antrag gemeldet. Gibt es noch weitere Meldungen zum Antrag, dann bitte zum Schlusswort.

GRin. **Haas-Wippel**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich für die breite Zustimmung und möchte nur auf ein paar Wortmeldungen eingehen. Ganz zum Schluss zum Kollegen Rajakovics, der gesagt hat, und auch zum Kollegen Baumann, ambulant, semistationär vorstationär, da sind wir der gleichen Meinung und ich bin da

wirklich zuversichtlich, wenn wir eine Pflegefinanzierung, in welcher Form jetzt auch immer, wenn wir wirklich eine einheitliche qualitätsvolle österreichweit ausgefeilte Pflegefinanzierung haben, dann kann es nur so gehen, dass alle drei Bereiche gemeinsam betrachtet werden und dann gibt es eben ein wirklich abgestuftes Leistungsangebot. Und zur Pflegesicherung oder Pflegefinanzierung, uns wäre am liebsten eine vermögensbesteuerte Finanzierung, weil in Österreich im EU-Vergleich wir nachhinken, was die Vermögenszuwachssteuer oder die Vermögenssteuer generell betrifft und allein daraus aus dieser Anpassung an das EU-Niveau würden wir vier Milliarden Euro bekommen und mit diesem Geld könnten wir einiges unternehmen.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Sollen wir unsere Zustimmung wieder zurücknehmen?

GRin. **Haas-Wippel:** Und zur Kollegin Benedik, liebe Ingrid, einen Na-net-Antrag kann es in so einer (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), liebe Ingrid, ich nehme auf deine Wortmeldung Bezug, wo du sagst, Na-net-Antrag. Es ist wichtig, dass auch die Städte, und Stadt Graz ist die zweitgrößte Stadt Österreichs, klar Druck ausüben auf die Bundesregierung, das hier etwas geschieht, nur die Entscheidung, in welcher Form diese Pflegefinanzierung dann tatsächlich umgesetzt wird, da gibt es drei/vier verschiedene Modelle, das ist natürlich Bundeskompetenz, aber es soll stark unser Wille zum Ausdruck kommen und deshalb diesen Antrag. Aber Danke für die breite Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3) Förderung von Zivilcourage und Opferschutz

GR. **Schneider** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Schneider**: Sehr geehrte Damen und Herren, hoher Gemeinderat, sehr geehrte Stadtsenatsmitglieder! Wir mussten leider in den letzten Wochen den Medien entnehmen, dass in einem Fall in Salzburg einer sterbenden Frau keine Hilfe geleistet wurde von anwesenden anderen Personen, wir mussten erfahren, dass sowohl in Wien als auch in Graz Frauen überfallen wurden und auch hier PassantInnen weder eingegriffen noch sonstige Schritte, wie zum Beispiel die Polizei zu holen, unternommen haben. Wir haben hier in diesem Gemeinderat schon oft über Sicherheit gesprochen, ein wichtiges Thema war auch die Ausstattung, besonders die personelle der Polizei in Graz, die im Achten allen Fraktionen hier zu gering ist (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Die Polizei allein kann allerdings nicht die Sicherheit herstellen, da sind alle BewohnerInnen der Stadt aufgefordert, wir alle sind aufgefordert, unseren Beitrag zu leisten und aus diesem Grunde möchte ich mit diesem Antrag auf diesen Aspekt der Sicherheit näher Aufmerksamkeit lenken, dass es eben eine Verantwortung von jedem Einzelnen gibt, wie das Umfeld auch in Bezug auf Sicherheit aussieht. Wir müssen uns darum kümmern, dass der Wert der Zivilcourage wieder stärker gelebt wird. Ich denke, er ist verloren gegangen besonders im Hinblick auf einen Staat, der immer mehr und mehr Aufgaben auch übernommen hat und suggeriert, dass er für alle Probleme eine Lösung bereithält, es gilt wieder, eine gemeinsame Lösung, eine Lösungsverantwortung von jedem Einzelnen hier zu stärken.

Es gibt, was Zivilcourage angeht, inzwischen verschiedene Methoden, die man hier einbringen kann, es gibt Seminare, in denen Zivilcourage gelehrt wird, das werden wir nicht flächendeckend machen können, aber es wäre sicher interessant bei Jugendlichen, an Schulen, solche Seminare anzubieten. Es wäre sicher auch interessant für Gruppen, die ein niedriges subjektives Sicherheitsgefühl haben (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), zum Beispiel für SeniorInnen, solche Seminare anzubieten. Noch wichtiger ist es wahrscheinlich, dass wir auch über die Massenmedien, die wir als Stadt herausgeben, darauf hinweisen, dass und wie geholfen werden kann in schwierigen Situationen. Von der Polizei wissen wir das auch, die sagt zum Beispiel, ihnen ist lieber, sie werden einmal zu oft als einmal zu

wenig angerufen, also allein die Aufforderung, ruhig zum Telefon zu greifen und eine Notrufnummer zu wählen, ist wichtig und da darf auch die Stadt dahinter sein, da nochmals mit Nachdruck darauf hinzuweisen. Ein weiterer Aspekt, was Sicherheit angeht, ist folgender, dass auch immer wieder Opfer von Verbrechen nicht oder sehr spät zur Polizei erst gehen. Unser Justizsystem ist sehr täterorientiert, also es bemüht sich, Täter und Täterinnen ausfindig zu machen, zu verurteilen, die Bevölkerung zu schützen, es ist leider sehr wenig opferorientiert. Die Organisation der Weiße Ring, wo der ehemalige Gerichtspräsident Jesionek der Vorsitzende ist, bemüht sich schon lange, hier Verbesserungen, auch für Opfer, durchzusetzen. Für das Meiste ist der Bund zuständig, es gibt eine Reihe von Forderungen vom Verein Der Weiße Ring, wo wir was machen könnten auch in der Stadt, und da in diese Richtung zielt mein Antrag, ist bei der juristischen und psychosozialen Beratung von Opfern unmittelbar nach Taten und bei Gerichtsverfahren auch helfend koordiniert mit anderen Stellen und anderen Einrichtungen, die das machen, einzutreten.

In diesem Sinne darf ich beantragen, dass sich die Stadt Graz über Methoden zur Bewusstmachung und Hebung der Zivilcourage einen Überblick verschafft und die Umsetzbarkeit von ausgewählten Maßnahmen prüft, entlang den Empfehlungen des Weißen Ringes die Umsetzbarkeit von Opferschutzmaßnahmen prüft und das Ganze im Netzwerk Sicherheit, also hier, wo auch der Gemeinderat involviert ist und wichtige Stellen im Sicherheitsbereich, darüber zu diskutieren und dann zu Umsetzungsschritten zu gelangen (*Applaus Grüne*).

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Wir können uns übrigens die Dringlichkeitsdiskussion sparen. Zum Antrag bitte, Herr Gemeinderat Korschelt.

GR. Mag. **Korschelt** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Zuerst herzlichen Dank meiner Feuerwehrstadträtin, dass sie mich nicht übersehen hat, weil dadurch konnte ich meine Wortmeldung abgeben. Zum Antrag des Kollegen Schneider, zuerst einmal zum sachlichen Teil, dann komme ich natürlich auch ein

bisschen zum polemischen Teil. Der Antrag ist richtig und wichtig, das muss ich ehrlich sagen, ich finde auch, dass Sie das auch gesagt haben, Zivilcourage heißt von unserer Seite her auch Bürgerbeteiligung, da gibt es ja so schöne Stichworte, Bürgerbeteiligung schafft Sicherheit, und Sie haben ja dieses aufgegriffen das Thema mit dem in einer Bahn war das, aber was mich noch viel mehr getroffen hat, war die Sache Überfall in der Schörgelgasse, wo eine junge Frau von drei Tätern belästigt wurde, es sind zwei oder drei Personen vorbeigegangen und es hat niemand der Mühe wert gefunden, man weiß ja, wenn heute zwei Personen vorbeigehen, dann sind das mindestens drei Handys, es hat niemand der Mühe wert gefunden, zumindest wenn er nicht schon geschrien hätte, wie das bei jedem Seminar gelernt wird, dass er zumindest das Handy angerufen hat oder das Handy in Betrieb gesetzt hätte und dann die Exekutive gerufen hätte und damit wäre es eine Möglichkeit gewesen, zumindest ein Teil dieses schrecklichen Überfalls zu verhindern (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*). Nicht ganz kann ich Ihnen natürlich beipflichten, wenn Sie sagen, mit der Polizei kann man natürlich nicht alles machen, das ist sicher richtig, aber man kann sehr vieles machen, man kann natürlich vom Bürger nicht alles verlangen. Jetzt leider muss ich zum polemischen Teil kommen. Ich glaube natürlich und das wundert mich, dass gerade von Ihrer Fraktion dieser Antrag kommt, weil normalerweise war doch immer so, wenn diese Anträge gekommen sind, haben Sie ja mehr oder minder mit einem Hautausschlag reagiert, Sie haben immer wieder, wenn wir oder auch Kollege Eichberger, wer auch immer im Haus, diese Anträge gebracht hat, dann ist Ihre Fraktion ja immer wieder meistens dagegen aufgetreten. Ich glaube auch, dass wenn Sie den Punkt 1 Ihres Antrages, hätten Sie nur selber einmal ein bisschen ins Google hineinschauen können und da bin ich gespannt, wie Sie sich dann da verhalten werden, wenn Sie natürlich gleich in den ersten fünf oder sechs Wortmeldungen, werden Sie sofort auf das Wort Bürgerwehr stoßen, weil das lässt sich wahrscheinlich nicht vermeiden. Also ich bin darauf gespannt, wie Sie darauf reagieren werden. Ich habe ein bisschen die Befürchtung, dass Sie diese ganze Sache halt dazu verwenden, ein bisschen im Sicherheitsteich zu surfen und für mich war das Ganze natürlich doch ein bisschen verräterisch, weil Sie als Erstes natürlich, wo Sie diese Initiative vorgestellt haben, die rassistischen Übergriffe natürlich gestellt haben. Also ich glaube, das Ganze hat Sie ein bisschen entlarvt, aber trotzdem möchte ich natürlich sagen, wir werden trotzdem, auch wenn die ganze Sache eine bisschen dünn ist,

werden wir trotzdem sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen (*Applaus FPÖ*).

GR. **Schröck**: Werter Gemeinderat Schneider! Dass ausgerechnet Sie diesen Antrag stellen, ist gelinde gesagt verwunderlich für mich, weil ausgerechnet Sie, der letzte Gemeinderatssitzung hier mit doch einer gewissen Arroganz aufgetreten ist, und gemeint hat, für Sicherheit am Schloßberg zu sorgen und für Sicherheit im Schloßbergstollen zu sorgen, sei, wie haben Sie gesagt, ein überzogenes Sicherheitsdenken, Sie, der nicht die Courage hatte, dann einmal über Parteipolitik hinweg hier bei einem Antrag für die Sicherheit, für die Grazerinnen und Grazer mitzustimmen, nur weil der Antrag vom BZÖ kam, Sie haben aber die Frechheit und die Courage, eben diesen Grazerinnen und Grazern die Zivilcourage hier abzusprechen (*Applaus BZÖ*). Jenen Grazerinnen und Grazern, die sich erst durch so eine Politikerin, die kurzsichtig und arrogant ist, erst in solche Unsicherheiten begeben, kommen und nur hartnäckige Realitätsverweigerer wie Sie können ernsthaft glauben, dass die Politikerin so ernsthaftes gesellschaftliches Problem dadurch lösen kann, dass man irgendwelche Plakataktionen, Seminare oder Broschüren macht oder dass der Bürgermeister hier vielleicht aufruft zur Zivilcourage. Wir haben die Verantwortung, für Sicherheit in der Kommune zu sorgen und die Polizei zu unterstützen. Sie aber, leider Gottes, haben großen Anteil daran, dass gerade diese Sicherheit durch die Polizei oft einer Demontage zugefügt wurde. Es ist ein schrecklicher Einzelfall wie dieser, von dem wir lesen konnten in der Zeitung in der Schörgelgasse, es ist schrecklich, ist zu verurteilen, ist aber kein Grund, den Grazerinnen und Grazern als Gesamtes die Zivilcourage abzusprechen. Sie sollten viel eher einmal den Mut haben, ein Opfer von so einer Gewalttat besuchen und ihnen dann den Lösungsansatz der Grünen erklären, nämlich, dass sich der Bürgermeister einen Überblick zur Hebung der Zivilcourage verschaffen sollte, das ist nicht der Zugang, den wir dazu haben, es ist traurig, Herr Gemeinderat. Aber Sie haben unser uneingeschränkte Zustimmung und natürlich vollkommen Recht, wenn sie den Ausbau von Opferschutz fordern und nichtsdestotrotz und obwohl Ihr Antrag dermaßen brustschwach ist, wie so oft bei Ihnen, schießen Sie

auch diesmal kilometerweit am Thema vorbei, werden wir die Wichtigkeit dieses Themas erkennen und auch zustimmen. Danke (*Applaus BZÖ*).

GR. **Schneider**: Liebe Kollegen, die sich zu Wort gemeldet haben, besonders Kollege Schröck, bitte auch aus dem Wunderland ein bisschen zurückzukommen. Dass die Bereitschaft einzugreifen abnimmt, ist statistisch erwiesen, also besteht hier Handlungsbedarf, auch wenn ich jetzt nur drei Fälle, ich habe drei Fälle angeführt vorhin, auch wenn ich hier nur drei Fälle angeführt habe, dann ist das immerhin mehr, als du anführen hast können in Bezug auf den Schloßberg, da ist nämlich gar nichts passiert gewesen und trotzdem wurde von euch ein Sicherheitskonzept gefordert. Wir als Grüne behalten uns vor, nicht jedem Cowboy-Antrag zuzustimmen, wenn er hier drinnen gestellt wird. Wir bemühen uns auch eine Situation...wir haben übrigens, wir haben zahlreichen Sicherheitsanträgen zugestimmt, ich bitte insofern auch etwas besser aufzupassen hier im Gemeinderat, bevor man anderen Leuten was hinwirft, ich möchte nicht sagen unterstellt, was dann einfach nicht stimmt, wie gesagt, jedem Antrag, kommt auf die Qualität des Antrages an, haben wir nicht zugestimmt. Ich danke trotzdem für die Unterstützung zu diesem Antrag, ich hoffe, dass wir auf dem Gebiet wirklich was weiterbringen und freue mich grundsätzlich, dass es sehr gute Basis gibt in Graz, über Sicherheit auch zu sprechen an und für sich mit unserem neuen Sicherheitsbeauftragten, den wir haben und mit den Arbeitskreisen, die dazu auch arbeiten. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

4) Verlegung der 110-kV-Leitung entlang der GKB-Trasse in mindestens 1,5 m Tiefe

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner** stellt namens der SPÖ, der KPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! In meinem Antrag geht es um die Verlegung der 110-kV-Leitung entlang der GKB-Trasse, die derzeit leider in einer Art und Weise geplant ist, dass es schwere gesundheitliche Schäden für die Bevölkerung geben könnte. Die BürgerInnen in Wetzelsdorf und Straßgang kämpfen schon seit vielen Jahren gegen die geplante Verlegung durch die Österreichische Bundesbahnen. Der Gemeinderat hat sich auch schon öfter mit dieser Thematik beschäftigt. Kollege Topf hat mir vorher gesagt, dass es bereits 2003 einen Antrag vom damaligen Gemeinderat Weiss gegeben hat, 2007 haben die Grünen einen dringlichen Antrag eingebracht (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass einerseits mit dem Baubeginn der 110-kV-Leitung zu warten ist, bis der Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes betreffend eine Beschwerde da ist und zweitens, die Verlegung der 110-kV-Leitung in entsprechender Tieflage und der notwendigen Abschirmung vorzunehmen ist. Diese Anträge wurden vom Grazer Gemeinderat immer einstimmig beschlossen, trotzdem halten die ÖBB an der Verlegung der Leitung in Trogbauweise fest. Und auch über die eingelegte Beschwerde vom Jahr 2007 hat der Verwaltungsgerichtshof unglaublicherweise bis heute nicht entschieden. Jetzt zweieinhalb Jahr später droht der Baubeginn, mit dem Bau wird in Werndorf gestartet und die Anrainerinnen und Anrainer rechnen damit, dass im Mai die Bauarbeiten auch auf Grazer Gebiet und entlang der GKB-Trasse ankommen werden. Es wird dann auch die BenutzerInnen des Gehweges entlang der GKB-Trasse zu den Haltestellen betreffen. Sie werden erheblichen und durch Studien nachgewiesenen Strahlenbelastungen ausgesetzt sein.

Das könnte man relativ gut oder leicht verhindern durch die Tieferlegung des Kabeltroges auf 1,5 m, das ist Stand der Technik das sagt auch eine Publikation der TU Graz und es würde zumindest die Belastungsspitzen der Magnetfelder deutlich dämpfen.

Herr Bürgermeister Nagl und Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker haben die ÖBB in einem Schreiben am 4. 3. 2010 aufgefordert, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes abzuwarten.

Ich möchte darüber hinaus seitens des grünen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g

stellen, der Gemeinderat der Stadt Graz möge, ergänzend zum aktuellen oben angeführten Schreiben von Bürgermeister und Bürgermeister-Stellvertreterin im Petitionsweg an Bundesministerin Mag.^a Doris Bures mit dem Ersuchen herantreten, die Verlegung der 110-KV-Leitung in jedem Fall in einer Tieflage von mindestens 1,5 m und mit der notwendigen Abschirmung vorzunehmen, um eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung auszuschließen. Ich bitte um Annahme der Dringlichkeit und des Antrages.

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zur Dringlichkeit: Als ÖVP-Gemeinderatsfraktion kann ich sagen, dass wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt zustimmen. Es geht also um Magnetfelder, die wesentlich stärker sind als üblich sonst im Haushalt, und da lassen sich andere Leute sogar im Schlafzimmer spannungsfrei schalten, damit man gesund schlafen kann, also ich kann das wirklich nur unterstützen (*Applaus ÖVP und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. Mag. **Haßler** zum Antrag: Mir ist es schon ein Anliegen, mich heute zu Wort zu melden. Die Wichtigkeit des Themas, glaube ich, ist ja aus dem Antrag hervorgegangen. Ich möchte aber schon klarstellen, dass wir heute nicht den

Eindruck da bekommen, dass wir jetzt die große Rettungsaktion in letzter Sekunde schaffen, und dafür möchte ich gerne noch einmal Revue passieren lassen, was bisher passiert ist beziehungsweise eher nicht passiert ist. Wie gesagt, seit sieben Jahren ist dieses Thema virulent, die erste Bauverhandlung war im November 2003, war eine große Verhandlung einen Tag lang. Von der Stadt Graz waren einzig und allein die Bezirksvertreter anwesend, von den Umlandgemeinden waren Bürgermeister, Amtsleiter, Rechtsanwälte vor Ort, wir haben als Bezirke Einwendungen gemacht, diese wurden aber wahrscheinlich ignoriert, weil wir als Bezirk sind nur Hilfsorgane und Hilfsorgane haben keine Parteienstellung, also ist das untergegangen. Aber im Dezember 2003 war ein dringlicher Antrag vom Gemeinderat Weiss, wurde im Gemeinderat angenommen einstimmig bis auf Punkt 4, nämlich die UVP-Prüfung wurde von der ÖVP abgelehnt, dann war November 2004 ein Brief der Bezirksräte an den Bürgermeister mit Ersuchen um Unterstützung, keine Antwort, ein offener Brief an den Bürgermeister via Zeitung, keine Antwort. Ein Anrainerbrief der Anrainer an die Stadtbaudirektion im Jahre 2006 mit dem Ersuchen bei der darauf folgenden nächsten Bauverhandlung doch endlich Stadtvertreter hinzuzusenden, eine mündliche Anfrage von der Gemeinderätin Bauer, auch im Mai 2006 an den Bürgermeister, auch mit dem Ersuchen, bei der folgenden Bauverhandlung endlich tätig zu werden und etwas zu unternehmen. Ende Mai 2006 wieder eine Bauverhandlung, wieder anwesend die Bezirksvorsteher mit umfangreichen schriftlichen Einwendungen, wieder keine Reaktion der Stadt Graz, muss man da klar festhalten. Dann im April 2007 der positive Baubescheid, dann wieder eine Anfrage an den Bürgermeister wegen der UVP-Prüfung, wieder keine Reaktion und keine Unterstützung, die Bezirksvorsteher waren alleine bei der Umweltanwältin, dann haben die Umlandgemeinden Einwendungen gemacht mit Unterstützung von Rechtsanwälten, Sammeleinwendungen beim Verwaltungsgerichtshof. In der Stadt Graz musste eine Anrainerin privat diese Einwendung machen und wurde praktisch alleine gelassen und dann im November 2007 der dringliche Antrag vom Gemeinderat Candussi und jetzt im Jänner 2010 noch einmal eine mündliche Anfrage von mir an den Bürgermeister und die einzige sichtbare Reaktion jetzt für mich nach außen der Stadt Graz ist jetzt endlich im März 2010 ein Brief des Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeister an die ÖBB, nach sieben Jahren einzige Reaktion ein Brief. Man muss der Frau Vizebürgermeister danken, dass sie das wenigstens erreicht hat. Inzwischen hat der Bau begonnen der

Freileitung von Werndorf herauf nach Graz, in zwei Monaten wird man in Graz mit dem Kabeltrog beginnen und diese Petition jetzt, wie gesagt, ist eine nette Aktion, um nach außen vielleicht irgendwo Aktivität noch darzustellen. Wir werden oder wir sind mit dabei, weil wir nichts unversucht lassen wollen, dass vielleicht doch noch irgendwas zum Besseren gewendet werden kann. Aber die Frage, welche reale Chance der heute vorliegende Antrag hat angesichts der Vorgeschichte und angesichts der Untätigkeit der vergangenen sieben Jahre und angesichts dessen, dass der Bau eigentlich schon begonnen hat, diese Frage muss jeder für sich selbst mit seinem eigenen Gewissen beantworten. Mich wundert es aber und das abschließend, mich wundert es nicht, dass sich in unserer Stadt viele Bürgerinnen und Bürger frustriert von der Politik abwenden, wenn mit ihren Sorgen und Anliegen so leichtfertig, und ich sage, so fahrlässig umgegangen wird (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hoffe auch, dass der Antrag sehr rasch erledigt wird und vor allen Dingen, dass alle Parteien sich auch wirklich einsetzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten da versuchen, noch sehr aktiv zu sein und auch klarzumachen, es wird Widerstand geben der Bevölkerung und dass der Grazer Gemeinderat dahintersteht und die Anliegen der Anrainerinnen und Anrainer unterstützt. Ich bitte um Annahme des Antrages (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Raus aus Euratom – Unterstützung des Volksbegehrens

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor genau einem Dreivierteljahr habe ich einen sinngemäß gleichen dringlichen Antrag hier

eingebraucht, ihm war keine Mehrheit beschieden, vielleicht geht es heute besser. Es geht um den Ausstieg aus Euratom, dringlich wegen des aktuellen Volksbegehrens, ich habe auch Unterstützungsformulare mit. Das aktuelle Volksbegehren soll eingeleitet werden. Bis jetzt haben sich über 130 Gemeinden dieser Initiative Raus aus Euratom angeschlossen, vor einem Dreivierteljahr, als ich das erste Mal diesen Antrag gestellt habe, waren es 69, also der Zuzug ist enorm, Graz ist noch immer nicht dabei. Einige Fakten sollen zur Klarstellung der Problematik rund um Euratom dienen.

Die Europäische Atomgemeinschaft fördert seit 50 Jahren, also Euratom fördert seit 50 Jahren die Atomindustrie mit Milliardenkrediten. Österreich ist trotz seines Nein zur Nutzung der Atomenergie Mitglied bei Euratom. Wir zahlen pro Jahr 40 bis 50 Millionen Euro, werfen sie der Atomindustrie praktisch in den Rachen, das ist das Geld, das bei der Entwicklung, Produktion und Verteilung, Verbreitung von Alternativenergien dann fehlt, das muss uns auch klar sein. Das sind im alten Geld über eine halbe Milliarde Schilling. Dieses Geld fehlt, sichert aber auf der anderen Seite der Atomindustrie einen ungeheuren Start- und Wettbewerbsvorteil. Das Europäische Parlament hat keine Mitentscheidungskompetenz bei der Vergabe von Euratom-Krediten. Eine umfassende Revision des Euratom-Vertrags wird seit Jahren verweigert.

Das sind Fakten, die für einen Austritt Österreichs aus Euratom sprechen. Jetzt sind konkrete Handlungen in diesem Sinne notwendig. 82 überparteiliche Initiativen unterstützen jetzt die Einleitung eines Volksbegehrens zum Ausstieg Österreichs aus Euratom und 121 Gemeinden tragen das ebenfalls mit. Keine Angst, damit ist nicht automatisch ein Austritt aus der EU verbunden, auch diese Argumentation wurde mir vor einem Dreivierteljahr hier vorgelegt. Das stimmt nicht, es gibt namhafte Rechtsexperten, die beide Varianten für möglich halten, Ausstieg aus Euratom und trotzdem in der EU zu bleiben, das haben einige in diesem Raum schon sehr befürchtet, dass das nicht möglich ist, mich hätte es nicht so getroffen.

Ich stelle daher im Namen der KPÖ folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz fordert die zuständigen Mitglieder der Bundesregierung auf, im Sinne einer aktiven, glaubwürdigen Antiatompolitik den Austritt Österreichs aus Euratom, der europäischen Atomgemeinschaft, umgehend und konsequent zu betreiben. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Linhart** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Damen und Herren! Im Motivenbericht steht drinnen, dass Österreich oder Euratom seit 50 Jahren Atomindustrie mit Milliardenkrediten fördert. Das stimmt nicht, Euratom stellt die Sicherheit oder sorgt sich um die Sicherheitsstandards von der friedlichen Nutzung von Kernenergie. Dass die Atomindustrie damit geschützt und unterstützt wird, stimmt auch nicht, weil aus eigener Erfahrung weiß ich, ich habe mehrere Jahre in der Atomindustrie gearbeitet, dass all die sehr lästigen, nachträglichen Auflagen, die wir erfüllen mussten, um ein Kraftwerk zu errichten, durchwegs aus der Federführung von Euratom stammten. Es ist auch erwiesen, dass der Euratomvertrag junktiniert ist mit dem EU-Beitrittsvertrag, das heißt, ein Ausstieg aus diesem Vertrag ist schon aus rechtlichen Gründen nicht möglich. Wir stimmen daher weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Linhart! Ich muss dir in diesem Punkt leider widersprechen, ich habe zwar selber nicht in einem Atomkraftwerk gearbeitet, die Fakten belegen anderes, die Fakten belegen, dass es nämlich gerade zwischen Atomindustrie und allen anderen Energieträgern einen absolut unfairen Wettbewerb gibt (*Die Vorsitzende läutet mit der Ordnungsglocke*), dass durch Euroatom nämlich sehr wohl allein die Forschung und auch der Marktzugang in vielen Ländern klar bevorteilt wird gegenüber allen anderen Energieträgern, dass es auch ein europäisches Eigentum an Kernbrennstoffen gibt und dass wir auch zumindest haftungsmäßig bei einer Euroatomanleihe auch Österreich als Schuldner dastehen, sollte diese Anleihe ausfällig werden. Europaweit arbeitet die Atomlobby unter dem CO₂-Argument an einem Comeback und wir stehen in unmittelbarer Konkurrenz mit all unseren

regenerativen Energiestoffen, die wir haben in Österreich, mit der Wasserkraft, mit der Biomasse, mit der Windenergie, soweit die einsetzbar sind, in unmittelbarem Wettbewerb zu dieser Atomlobby, die es gibt und jede Kilowattstunde, jede Megawattstunde, die an Strom aus diesen Quellen nach Österreich hereinkommt, steigt, lässt sozusagen den Förderungsbedarf ansteigen, damit wir im Bereich der regenerativen Energiebilanz hinsichtlich Autarkie, hinsichtlich wirklich CO₂-Freiheit wirklich weiterkommen und stoppt uns in unseren Entwicklungen. In diesem Sinne unterstützen wir seitens des BZÖ diesen Antrag. Danke (*Applaus BZÖ und KPÖ*)

GRin. Mag.^a **Pavlovec-Meixner**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Gäste! Ja, Atomkraft ist lebensgefährlich, Atomkraft schützt das Klima nicht, sie ist unbezahlbar teuer und erzeugt Müll ohne Ende, für den es weltweit kein einziges sicheres Endlager gibt. Außerdem verhindert Atomkraft die Entwicklung von Energiesystemen, die auf erneuerbarer Basis funktionieren, weil viel zu viel Geld in Atomkraft investiert wird. Zum Antrag der KPÖ, der jetzt geändert wurde, wir Grünen unterstützen dieses Volksbegehren zum Ausstieg aus Euratom nicht, dieses Volksbegehren ist innerhalb der Anti-Atom-Bewegung umstritten, so ist es auch so, dass zum Beispiel große NGOs wie Greenpeace, Global 2000 und WWF dieses Volksbegehren nicht mittragen. Es ist aber sehr wohl so, dass die Reformbemühungen zur Umwandlung von Euratom in ein Kontrollinstrumentarium gescheitert sind. Das muss man zugeben, es zeichnen sich keine neuen Initiativen ab, der Ausstieg ist daher die einzige Möglichkeit. Seit gestern liegt auch ein Antrag der grünen Nationalratsabgeordneten Christiane Brunner vor zum Ausstieg aus Euratom, dieser Antrag wird im Umweltausschuss des Parlaments am 23. Juni behandelt und alle Parteien sind eingeladen, den Ausstieg dort zu beschließen. Damit ist ein Volksbegehren auch nicht erforderlich, denn das Ziel des Volksbegehrens ist ja eine Behandlung, eine Befassung durch das österreichische Parlament. Dieses Ziel des Volksbegehrens ist durch den Antrag der Grünen bereits erfüllt, das Parlament wird sich am 23. Juni im Umweltausschuss damit befassen. Dem nun neuen oder abgeänderten Antrag der KPÖ zum Ausstieg aus Euratom und zur Befassung der Bundesregierung mit diesem Thema werden wir als Grüne sowohl in der Dringlichkeit als auch im Inhalt gerne zustimmen (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Korschelt**: Herr Kollege Mag. Fabisch! Ich schätze Sie persönlich sehr, glaube aber, dass Ihre Fraktion Ihnen nichts Gutes getan hat mit diesem Antrag, weil für uns ist das wieder einmal so typisch, Sie sitzen im Glashauss und werfen mit Steinen und vom Inhalt her und dann natürlich auch von der Resonanz her, das ist wieder einmal so ein typischer Antrag, wie wir schon sehr viele hier im Haus erleben mussten, wo Anträge gestellt werden an die Bundesregierung, die maximal die Briefmarke wert sind, aber um die sich sonst kein Mensch kümmern wird. Das ist das Problem und ich glaube auch, dass hier die „Potenz“, unter Anführungszeichen, der Gemeinderäte hier im Haus eindeutig überschätzt wird, weil ich glaube, dass hier niemand von der Bundesregierung sehr groß auf diese Gemeinderatsanträge, wie hier ja schon sehr viele gestellt wurden, reagiert, und mir ist auch relativ wenig bekannt, dass hier Resonanz war und deswegen werden wir uns erlauben, auch einen Zusatzantrag zu stellen, wobei ich schon von vorneherein überzeugt bin, dass der Zusatzantrag wahrscheinlich nicht angenommen wird, aber wir wollen einmal darauf hinweisen, dass es sich hier um den Grazer Gemeinderat handelt, es handelt sich hier weder um ein EU-Parlament, noch handelt es sich hier um eine Außenstelle der Vereinten Nationen, sondern wir sind der Grazer Gemeinderat, der sich mit Problemen der Grazer Bürgerinnen und Bürger beschäftigen soll und nicht sehr weit in die Ferne schweift. Und Sie tun das, gerade Ihre Fraktion tut das immer sehr gerne und gerade wenn man weiß, dass Sie ja doch noch einer Ideologie anhängen, die ja Gott sei Dank schon sehr beschränkt ist in der Welt, aber immerhin gibt es doch noch einige Staaten in der Welt, die Ihrer Ideologie anhängen und gerade diese Staaten sind die, die sehr stark auf Atomenergie setzen, deshalb stellen wir den Zusatzantrag, der Gemeinderat wolle beschließen: Herr Gemeinderat Mag. Fabisch wird ersucht, namens der Stadt Graz mit den Regierungen der Volksrepublik China und Nordkorea in Kontakt zu treten, um die Regierungen beider Länder zum Ausstieg aus ihrem Atomwaffenprogramm zu bewegen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: So ist es im Fasching, der ist aber leider schon vorbei. Danke Mag. Korschelt, ich schätze Sie an und für sich auch sehr...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: An und für sich?

GR. Mag. **Fabisch**: An und für sich schon. Ich glaube, mir ist das Thema zu ernst, der Herr Kollege Mag. Mariacher hat das wiederholt, es geht um ein Riesenvermögen, das den Alternativenenergien dadurch entzogen wird und der Kernenergie Start- und Wettbewerbsvorteile sichert. Ich bin nicht der Meinung vom Herrn Mag. Korschelt, dass es eines klaren Statements von Graz aus nicht bedarf, ganz im Gegenteil, ich bin überzeugt, dass die Initiative der Gemeinden, die sich jetzt auf über 120 Gemeinden schon ausgeweitet hat, gewaltigen Druck erzeugt hat und eine Stimmung im österreichischen Parlament auch verändern kann, das heißt ja noch lange nicht, dass dieser Antrag der Grünen, der aus meiner Sicht viel zu spät kommt, den wir schon im vorigen Jahr ohne weiters loslassen hätte können, hättet ihr mir im Vorjahr auch schon die Unterstützung hier gegeben, hätten wir vielleicht ein Jahr früher diese Stimmung im österreichischen Parlament erzeugen können. Zumindest 50 Millionen Euro hätten wir unter Umständen damit ersparen können. Ich glaube, dass dieser Druck von unten wahnsinnig wichtig ist, es geht nicht darum, immer denen in Wien oder in Brüssel oder sonst wo auf der Welt die Initiative zu überlassen, wir können eh nicht mehr machen, es geht darum, sich zu rühren, und diese Aufgabe hat die zweitgrößte Stadt Österreichs allemal (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Zusätzliche Gastgärten am Grazer Hauptplatz

GR. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Sippel**: Werte Frau Vizebürgermeister, geschätzte Kollegen! In den letzten Wochen und Tagen war ja ein Thema in der Medienlandschaft sehr massiv vertreten und zwar der Gastgarten am Grazer Hauptplatz. Ich glaube auch, dass diese Initiative, dieser Vorschlag auch in weiten Teilen der Bevölkerung Gefallen findet und auch unterstützt wird.

Bevor es allerdings zu einer konstruktiven Diskussion aller Grazer Parteien zu diesem Thema kommen konnte, wurde diesem Thema seitens der ÖVP und der Grünen eine kategorische Absage erteilt. Nachdem allerdings zahlreiche Medien über eine entsprechend große Zustimmung eben berichtet haben, hat es zumindest bei der ÖVP eine leichte Bewegung seitens des Bürgermeisters gegeben und da hat es ein bisschen Licht am Horizont gegeben.

Tatsächlich wäre ein großer Gastgarten am Hauptplatz eine Belebung für die gesamte Innenstadt, wovon neben den Gewerbetreibenden auch Touristen und alle Grazer Bürger profitieren würden.

Das aktuelle Erscheinungsbild des Grazer Hauptplatzes ist leider nicht dazu angetan, momentan den Besucher zum längeren Verweilen am Hauptplatz einzuladen. Es stellt sich in diesem Zusammenhang auch die Frage, welchen Zweck der zentrale Platz in der Innenstadt erfüllen soll. Sieht man im Grazer Hauptplatz lediglich einen Verkehrsknotenpunkt zahlreicher Straßenbahnlinien, dann verwundert der Gedankengang unserer Bürgermeister-Stellvertreterin wenig, die medial auch mitgeteilt hat, der Hauptplatz solle weiterhin leicht mit dem Fahrrad zu queren sein.

Aber diese aus unserer Sicht und aus der Sicht vieler Grazer sehr enge Sichtweise lässt allerdings keinen Platz für eine wirkliche Belebung unseres Stadtkerns. Selbstverständlich müsste sich ein möglicher Gastgarten in das Stadtbild fügen und da ist auch der Anregung des Herrn Bürgermeisters durchaus Folge zu leisten, und so ein Gastgarten müsste so konzipiert werden, dass auch ein öffentlicher Raum erhalten bleibt, in dem kein Konsumationszwang besteht und über den ein Passieren des Platzes mit Fahrrädern natürlich selbstverständlich auch möglich ist. Die gegenständliche Initiative versteht sich als eine Ergänzung zu bereits bestehenden

Nutzungsmöglichkeiten und will das Leben in der Innenstadt bereichern. Ein Gastgarten schließt daher auch die Nutzung des Grazer Hauptplatzes für Konzerte und andere Zwecke keineswegs aus, da sich die Stadt Graz beispielsweise, um dem vorzubeugen, eine gewisse Anzahl von Tagen für die Nutzung zu entsprechenden Veranstaltungen im Gestattungsvertrag vorbehalten könnte.

Bevor allerdings ein ernsthafter Bewerber über konkrete Realisierungsschritte nachdenken kann, muss seitens der Stadt Graz selbstverständlich die grundsätzliche Bereitschaft für eine derartige Maßnahme bestehen. In der Folge sind dann die formellen Voraussetzungen zu schaffen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat bekundet grundsätzlich die Bereitschaft, die öffentlichen Flächen des Grazer Hauptplatzes - neben den bereits bestehenden Nutzungsmöglichkeiten - auch für die Errichtung von zusätzlichen Gastgärten geeigneten Bewerbern zur Verfügung zu stellen.

Der Gemeinderat wolle weiters beschließen:

Die zuständigen Ämter des Magistrates Graz werden beauftragt, die notwendigen Schritte einzuleiten, um den Beschluss des Gemeinderates vom 3. 10. 2002 solcherart abzuändern, dass dadurch die Möglichkeit der Nutzung der öffentlichen Flächen des Grazer Hauptplatzes für zusätzliche Gastgärten geschaffen wird. Die zuständigen Ämter werden ersucht, in der Folge an den Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung heranzutreten (*Applaus FPÖ*).

GRin. **Krampl** zur Dringlichkeit: Meine Damen und Herern! Es werden vielleicht sogar einige verwundert sein, aber die SPÖ wird sowohl der Dringlichkeit des

Antrages, Dringlichkeit ist klar, wann, wenn nicht jetzt vor dem Sommer, also wir werden sowohl der Dringlichkeit zustimmen als auch im Großen und Ganzen dem Inhalt des Antrages. Unsere Auffassung ist, dass Politik dazu da ist, Dinge zu ermöglichen, wir könnten uns vorstellen, dass es am Hauptplatz auch zu Gastgärten kommt, aber uns ist es vor allem wichtig, dass wir nicht über den Kopf der Bevölkerung hinweg entscheiden, sondern uns ist es großes Anliegen, die Bevölkerung zu fragen, was die Grazerinnen und Grazer sich eigentlich von ihrem zukünftigen Hauptplatz vorstellen. Wichtiges ist zwar im Antragstext, also im Motivenbericht auch drinnen, wenn Gastgärten kommen sollten, wenn sich die Grazer Bevölkerung eindeutig für ein Ja zu einem öffentlichen Gastgarten am Hauptplatz ausspricht, wichtig, dass konsumfreie Zonen auf jeden Fall zur Verfügung stehen, wie das im Motivenbericht bereits erwähnt ist, dass Veranstaltungen weiterhin ermöglicht werden müssen. Um das noch ein bisschen besser abzusichern, möchte ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion einen Zusatzantrag stellen und der lautet: Ob und in welcher Form am Hauptplatz zusätzliche Gastgärten errichtet werden, soll in einem Bürgerbeteiligungsmodell erarbeitet werden. Wobei auf jeden Fall, und das möchte ich auch im Antragstext drinnen haben, darauf zu achten ist, dass konsumfreie Zonen ebenso zur Verfügung stehen wie die Platzgestaltung derart ausgelegt sein soll, dass im Bedarfsfall Veranstaltungen durchgeführt werden können. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, sehr geehrte Gäste auf der Galerie! Jede Veränderung am Grazer Hauptplatz bringt eine heiße emotionale Diskussion mit sich, auch medial. Wie Sie alle wissen, habe ich große Sympathien für so ein dementsprechendes Projekt, aber dafür Richtlinien, die für ganz Graz gelten, zu ändern, ist sicher der falsche Ansatz. Letztes Jahr, wir haben die Diskussion schon ein bisschen länger, werden Sie sich erinnern, da hat es einen Zeitungsartikel auch zu diesem Thema gegeben, ich habe nachher nicht schnell einen Antrag gestellt oder bin irgendwo im Gemeinderat zur Diskussion geschritten, sondern ich habe das Gespräch mit der zuständigen Frau Vizebürgermeisterin gesucht, und auch einer der Initiativen war damals dabei, der Herr Dr. Klaus Weikhard, der ist auch auf der Galerie oben, und wir haben einfach

gefragt, welche Kritikpunkte gibt es. Die Frau Vizebürgermeisterin hat damals wirklich wichtige und richtige Einwände gehabt und der Antragsteller hat darauf folgend einen neuen Antrag gemacht und hat diese Einwände miteingebaut. Leider hat der Antragsteller aber weder eine positive noch eine negative Antwort erhalten, was uns alle irritiert hat, weil wir nicht gewusst haben, wie sind wir hier dran und wie schaut es heuer aus? Heuer gibt es einen Antrag vom gleichen Antragsteller und da gibt es momentan den Behördenlauf, es läuft die Prüfung, deswegen ist ein dringlicher Antrag in dieser Sache dafür sicherlich nicht dienlich und es gibt einen Vorschlag von der FPÖ, bis jetzt habe ich noch keinen Antrag gesehen, nur einen Zeitungsartikel doppelseitig mit einem Entwurf, der einfach Geschmacksache ist, mir gefällt dieser Entwurf nicht. Deshalb, wir sehen keine Notwendigkeit für diesen Anlass die Grazweit geltenden Richtlinien und noch weniger das gesamte Nutzungskonzept zu ändern, weil, das ist ganz wichtig, es momentan keinen Widerspruch gibt,...

Zwischenruf GRin. Krampl: Du machst einen Eiertanz.

GR. **Hohensinner:** ...es kommt auf ein qualitativ hochwertiges Konzept an und dafür werde ich weiter kämpfen und deshalb stimmen wir der Dringlichkeit nicht zu. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stvin. **Rücker:** Nachdem die Frage des Hauptplatzes und die Frage der Gastgärten natürlich auch in meinem Ressort eine Grundlage findet und die Frage, wie dort entschieden wird. Mir erscheint in der ganzen Diskussion zum Thema Gastgarten auf dem Hauptplatz zunehmend ein gewisser Tunnelblick zu entstehen, ein Tunnelblick, bei denen, die da diskutieren über die Stadt und über ihre öffentlichen Plätze. Und damit dieser Tunnelblick, der da entstanden ist, dass die öffentlichen Plätze nur zum Thema Geschäftemachen und Konsumieren da sein sollen, möchte ich gerne, nachdem der Frühling anfängt, der Frühling so spürbar

anfängt, und wenn man mit offenen Augen durch die Stadt geht, die Vielfalt vom Nutzen vom öffentlichen Raum so schön sichtbar wird, möchte ich gerne ein paar Anregungen geben, weiter und breiter auf einen Platz zu schauen, als ihn nur als erweiterten Gastgarten zu sehen neben anderen Gastgärten, die dort ja schon existieren. Was kann man auf einem freien Platz in einer Stadt alles machen? Man kann dort gehen, man kann dort sitzen, man kann schauen, Leute treffen, reden, Eis essen, skaten, Rollerfahren, tanzen, laden, verweilen, küssen, rasten, zuschauen, gesehen werden, Feste feiern, demonstrieren, laufen lernen, queren, Handel treiben, staunen, Händchen halten, Kunststücke machen, mit Kreide malen, Kastelhupfen, lesen, jausnen, Pause machen, die Sonne anbeten und den Frühling begrüßen. Schaut euch um in dieser Stadt, es ist nicht die einzige Funktion des öffentlichen Raumes, immer weiter und weiter zum öffentlichen Konsum zu werden und dann sage ich jetzt noch die fachliche Meinung dazu, die wird es als Antwort geben. Es gibt eine Richtlinie in der Stadt aus gutem Grund. Es gibt viele Gastwirte in dieser Stadt, die würden gerne, weil sie vor ihrem eigenen Bereich keinen Platz haben für einen Gastgarten, irgendwo in der Umgebung einen Gastgarten errichten, die bekommen alle abschlägige Bescheide, weil die Regel gilt, direkt vor dem eigenen Lokal kann ein Gastgarten errichtet werden, so es dort verkehrstechnisch möglich ist. Die Firma Pronto, die am Hauptplatz diesen Gastgarten betreiben will, hat so einen Gastgarten direkt vor dem Geschäft, auf einem anderen Ort wäre laut Richtlinie nicht möglich, weil sonst müsste ich sagen, jemand der in einer Nebengasse des Jakominiplatzes ist, dort keinen Platz hat, darf mitten am Jakominiplatz einen Gastgarten errichten. Wo fängt es an und wo hört es auf? Aber ganz grundsätzlich würde ich euch wirklich bitten, überlegt euch noch einmal, was in dieser Stadt möglich sein soll und was die Stadt kann und was die Stadt auch schon hat an Gastgärten, es ist wirklich eine sehr gut ausgestattete Stadt, was die Schanigärten anbelangt, viele Leuten kommen deswegen gerne nach Graz, wir alle genießen das, aber es kann nicht die einzige Funktion vom öffentlichen Raum sein und deswegen werde ich auch weiter mit meiner Meinung nicht umfallen oder wie immer das andere Parteien halten mögen, es ist wichtig und wesentlich und es gab damals vor einigen Jahren auch deswegen eine klare Grundsatzentscheidung, ein Teil des Platzes wird den Standln vorbehalten, dort hätte man damals für einen Gastgarten entscheiden können, Entscheidung fiel anders aus, und der Platz vor dem Rathaus soll eine freie Fläche für vielfältige Nutzung sein und wer hinschaut und genau hinschaut, sieht, wie

vielfältig diese Nutzung ist. Schaut einmal, wie viele Leute sich da untertags bewegen in Querungsfunktion und sich dort treffen und jetzt zum Eis-Essen am Hauptplatzbrunnen sitzen. Da gibt es viele Möglichkeiten, schaut genau hin, schaut den kleinen Kindern zu, die da laufen lernen auf dem Platz, das ist nicht so ohne. Wie viele Flächen gibt es, die ohne in der Nähe ein Auto zu haben in der Stadt, wo man solche Sachen machen kann. Wo die Radln am Rand vorbeifahren und eben nicht so wild darüberfahren, es ist wirklich ein schöner Platz, der vielfältig genutzt gehört. Er ist ein städtebaulich damals entwickelter Platz, da hätten wir damals anders abstimmen müssen, wenn er einem nicht gefällt, aber ein Platz, der zugestellt wird mit Blumentrögen, wird es wohl auch nicht sein, da sage ich nur das Stichwort Barrierefreiheit und von wegen grün, ein Platz ist ein Platz, ein Park ist ein Park und ein Baum ist ein Baum und ein Blumentrog ist etwas, was man pflegen muss, was man gießen muss, was auf Dauer immer nur Ärger verursacht, da gibt es viele, die sicherlich viele Geschichten dazu erzählen können, weil mit Blumentrögen gibt es in dieser Stadt viele negative Erfahrungen. Soweit dazu. Wie es dann ausgeht, die Behörde bearbeitet das, es gibt dann eine schriftlich Antwort, warum es das letzte Mal keine Antwort gegeben hat, damals bei dem Termin war ausgemacht, es wird noch eine neue Fassung vorgelegt, weil ich damals eben gesagt habe, mit dieser Fassung können wir nicht leben, es ist nie wieder was gekommen und deswegen wurde es auch nicht weiter bearbeitet. Über die Zeitung ist etwas gekommen, ja über die Zeitung kann ich keine Anträge bearbeiten.

GR. **Schröck**: Also ich konnte den Argumenten vom Kollegen Hohensinner eigentlich gut folgen, sie waren auch verständlich, aber nachdem Auftritt von der Frau Vizebürgermeisterin muss ich leider sagen, es waren halt doch nicht die Argumente da, Kurt, es war wieder einmal ein Knickserl vor den Grünen, das ihr gemacht habt (*Applaus FPÖ und BZÖ*). Ich hätte dir ja alles abgenommen, aber es ging jetzt leider nicht mehr. Andere Städte versuchen, ihre Innenstadt zu beleben, zu verschönern, attraktiv zu gestalten. Was machen wir, wir machen hier einen Eiertanz vor der Frau Vizebürgermeisterin mit dem Kurti ohne Rückgrat, hast dich abfotografieren lassen in der Zeitung, ich habe gedacht, du machst jetzt was dafür, aber was passiert? Nichts. Das ist peinlich, das ist kleinlich. Wir stimmen natürlich dem Antrag zu...

Zwischenruf GR. Hohensinner: Vorher hast du etwas anderes gesagt.

GR. **Schröck:** ...wir können nachher gerne darüber reden, Kurt, ich habe gerade vorher gesagt, deine Argumente sind nachvollziehbar, aber nicht unter diesem Aspekt, das muss ich dir leider sagen (*Applaus FPÖ und BZÖ*).

GR. **Sippel:** Ich muss zugeben, ich habe mich jetzt innerlich wirklich ein bisschen abgekekst da über die ÖVP, es ist wirklich unglaublich, das ist so was von Larifari, Wischiwaschi, Herumeiern, also das muss man sich einmal vorstellen, der Herr Gemeinderat Hohensinner stellt sich in die Medien, nur damit er auch einmal eine mediale Präsenz hat, hinein, lacht von der Zeitung heraus und gründet dazu noch eine Festgruppe mit 1.600 Mitgliedern, wo drinnen steht, ja wir werden alles dafür tun, dass am Grazer Hauptplatz ein Gastgarten kommt und dann muss man sich das auch im Grazer Gemeinderat von dem besagten Gemeinderat anhören und ich möchte dir nur sagen, Kurt, ich hoffe, du bist dir bewusst, dass damit die Idee, damit die Initiative Gastgarten am Grazer Hauptplatz ein für alle Mal zu Grabe getragen ist. Das ist hier heute ganz klar auch in diesem Grundsatzansinnen von der ÖVP hier auch dargelegt worden. Und, ich weiß nicht, hörst du mir zu, wenn ich mit dir rede, Kurt? Ich weiß natürlich, dass wir da ähnliche Zugangsweisen gehabt haben, weil natürlich das dir auch ein Anliegen ist, du solltest dir vielleicht wirklich überlegen mit einer anderen Partei zusammen, das mit dem ÖAAB-Obmann ist nichts worden, jetzt ist es auch in der Gastgartenfrage etwas, was zurückgepiffen worden bist, ich würde mir das wirklich einmal auch überlegen, ob du da in der richtigen Partei auch bist. Zu den Grünen vielleicht, weil sie das da als Argument gebracht haben, auf der einen Seite, wenn man mit Shared Space ein Experiment in dieser Stadt versucht, wo es ja auch genau darum geht, die verschiedene Mobilitätsnutzer Radfahrer, Leute, die auf dem Platz verweilen, Autofahrer, die gibt es am Grazer Hauptplatz nicht, gemeinsam irgendwie auf einen Platz....

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Sippel:** Ja, aber genau das Gleiche könnte man durchaus am Grazer Hauptplatz mit einer ähnlichen Herangehensweise durchführen, kein Shared Space, aber ein gemeinsames Auskommen zwischen Leuten, die in einem Gastgarten sitzen wollen, die die keinen Konsum mehr oder weniger machen wollen und die eben auch mit dem Radl dort überqueren wollen, also ich glaube, die Lösung kann man finden. Nebenbei gibt es dann noch den Nebeneffekt, dass man auch die Drogenproblematik mit einem Gastgarten natürlich auch in Griff kriegen könnte oder zumindest etwas unterbieten könnte, weil ich glaube nicht, wenn dort Menschen sitzen und einen Kaffee trinken, dass dort so weiter ungeniert gedealt wird, also das möchte ich schon sagen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das ist Populismus, was Sie machen.

GR. **Sippel:** Ich möchte nur noch einmal ins Bewusstsein rufen, dass mit diesem Nichtzustimmen der ÖVP zu diesem Grundsatzbeschluss Grazer Gastgärten diese Idee auch ein für alle Mal zu Grabe getragen worden ist, sagen Sie das bitte auch Ihren Wählern, sagen Sie das den Grazer Bürgern, die mehrheitlich für diesen Gastgarten eingetreten sind und sagen Sie das auch vor allem den Geerbetreibenden, die Sie angeblich immer so gut vertreten (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. Mag. **Mariacher** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute nicht nur einen ursprünglichen dringlichen Antrag vorbereitet, sondern noch einen zweiten zum Thema GAK-Zwangsausgleich, der mir heute nach Mitteilung von der Präsidialabteilung abgeschmettert worden ist als Dringlichen und zwar nicht mit der Begründung wegen allfälliger Befangenheit, weil ich Mitglied des GAK-Vorstandes bin als Fanvertreter, so ein rotes sportliches Herz habe wie manch andere, die hier in der Gemeindestube sitzen von anderen Fraktionen oder wie so eine Klubobfrau Jahn für einen anderen Verein hat. Nein, das war nicht der Grund, sondern der Grund, der mir genannt worden ist, dass jene Überlegung im Raum gestanden ist mit diesem Antrag, dass es sich um budgetäre Angelegenheiten der Stadt Graz handelt, die mit diesem dringlichen Antrag behandelt worden sind. Ich sage aber, hier geht es nicht um ausgabenseitige Zugeständnisse, sondern es ist ein Antrag, der sicherstellen soll, dass die Stadt Graz nämlich aus einem Zwangsausgleich wenigstens eine 20%-ige Quote erhält, das heißt sozusagen, einer Einnahmensicherung...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Herr Gemeinderat, Sie sind jetzt mitten in Ihrem Antrag, der Antrag wurde abgelehnt und Sie wollen drüber diskutieren, warum er abgelehnt wurde, aber nicht über den Inhalt des Antrages, der ist nicht zugelassen worden und dafür gibt es Begründungen und ich bitte, du hast dich zu Wort gemeldet und ich bitte auch den Magistratsdirektor, auch dazu Stellung zu nehmen.

GR. Mag. **Mariacher**: Ich bin aber noch am Wort, glaube ich?

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Nicht zum Inhalt des Antrages, Sie haben eine Frage gestellt, warum er abgelehnt wurde.

GR. Mag. **Mariacher**: Zur Ablehnung, und zwar geht es darum, dass am 20. 4. dieses Monats die erste Tagsatzung zum Thema Zwangs...

Bgm.-Stvin. **Rücker**: Das ist jetzt wieder der Inhalt des Antrages...

GR. Mag. **Mariacher**: Nein, das ist nicht der Inhalt des Antrages, das steht im Antrag nicht drinnen, sondern es geht darum, dass wir zeitgerecht im Gemeinderat diskutieren und erörtern, wie die Vorgangsweise zu wählen ist und es nicht sein kann, dass seitens des Bürgermeisters oder der Vizebürgermeisterin oder eines zuständigen Stadtsenatsreferenten nachher ein Ferialdekret, eine Sondergenehmigung sozusagen, erteilt wird und im Nachhinein erst wir hier im Gemeinderat, wo wir im Grund zuständig sind, im Nachhinein unsere Zuteilung erhalten. Ich finde das einfach demokratiepolitisch nicht in Ordnung.

GRin. **Jahn**: Weil es der Kollege erwähnt hat, zur Geschäftsordnung. Der Kollege Mariacher ist Vereinsvorstandsmitglied beim GAK und in unserem städtischen Statut unter § 68 steht zum Thema Befangenheit: Ein Mitglied eines Kollegialorganes der Stadt Graz sowie eines vorberatenden Gemeinderatsausschusses ist von der Beratung und Beschlussfassung über einen Verhandlungsgegenstand ausgeschlossen, wenn also in Sachen, an denen er selbst beteiligt ist, und das liegt ja wohl offensichtlich vor, wenn der Herr Mariacher selbst Vereinsvorstandsmitglied ist. Das befangene Mitglied hat seine Befangenheit aus Eigenem wahrzunehmen und dem Vorsitzenden mitzuteilen; und unter dem Thema, welche Verhandlungsgegenstände hier betroffen sind: Gegenstände der Verhandlung § 14 f selbständige Anträge der Gemeinderatsmitglieder, das ist nämlich noch der viel schwer wiegendere Grund, warum ein derartiger Antrag hier nicht von Ihnen eingebracht werden kann (*Applaus Grüne*).

Magistratsdirektor Mag. **Haidvogl**: Nachdem der Antrag ohnehin nicht zugelassen wurde, gehe ich nur auf die Frage der Nichtzulassung ein. Das Nichtzulassen war deswegen notwendig, weil wir, wenn der Antrag so beschlossen worden wäre, wir auf 80 % unserer Forderungen verzichtet hätten. Ob das jetzt günstig ist oder nicht, ist ja nicht die Frage, denn wir gehen ganz generell davon aus, dass kein Antrag eines Gemeinderatsmitgliedes darauf abzielt, dass etwas für die Stadt Ungünstiges herauskommt, sondern es geht eigentlich darum, dass nicht im Dringlichkeitswege, das heißt, ohne Vorberatung, so weitreichende Entscheidungen für den Gemeinderat getroffen werden sollen, weil dafür einfach die Basis für eine sachliche Diskussion einfach fehlt, weil es im Dringlichkeitswege ist und wenn es finanzielle Auswirkungen hat, sieht das ja das Statut und die Geschäftsordnung vor, dass die Dringlichkeit nicht zuzulassen ist.

7) Einsatz der Freiwilligen Feuerwehr Graz zum Zwecke des präventiven Brandschutzes, insbesondere für Senioren

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Mariacher**: Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht in diesem Antrag um eine ganz wesentliche Präventionsangelegenheit, nämlich den präventiven Brandschutz, der unseres Erachtens in Graz insbesondere für die Seniorengruppe, die immer stärker wächst und die laut internationalen Studien, schauen Sie auf entsprechende Internetseiten auch aus den USA, entsprechend viel stärker brandgefährdet sind als die durchschnittliche Bevölkerung. Alle 75-Jährigen, die in unserer Stadt leben, haben ein dreifaches Risiko gegen einen Durchschnittsbürger in dieser Stadt, dass sie durch einen Brand entsprechend verletzt oder getötet werden. Man kann sich das durch ganz praktische Beispiele vorstellen, eine umgefallene Kerze, ein vergessener Adventkranz, eine nicht ausgeschaltete oder defekte Heizdecke, ein Kurzschluss beim Stand-by eines Fernsehers, alle diese Dinge können zu lebensbedrohendem Inferno führen in Wohnungen, aber auch im Pflegeheim natürlich, wo sich die alten Menschen, die

insbesondere an soziale Isolationen, Demenz oder einen gewissen Grad einer Behinderung leiden oder desorientiert sind, einem viel stärkeren Risiko ausgelastet sind. Dem gegenüber haben wir Gott sie Dank, und da gebe ich dem Bürgermeister, aber auch den Kollegen, die seinerzeit dazu beigetragen haben vor zwei Jahren, die Freiwillige Feuerwehr in Graz zu gründen, insbesondere Kollege Hohensinner, aber auch Kollege Korschelt seitens der FPÖ. Sie haben Gutes getan, dass das damals wirklich eingerichtet worden ist, es sind bereits 160 Feuerwehrmänner und -frauen ausgebildet, wir haben dort einen Frauenanteil von 15 %, sodass ein erhebliches Potential dazu da ist, neben Akuteinsätzen auch hier wirklich einen präventiven Brandschutz, hier wirklich eine Verbesserung für die Situation in der Stadt Graz zu schaffen. Ich erachte es nämlich insofern auch besonders vorteilhaft, wenn hier in Kooperation, in Zusammenarbeit mit Sozialträgerorganisation, mit Seniorenverbänden, mit Seniorenheimen hier wirklich ein präventiver Brandschutz gemacht wird. Wir alle wissen, dass durch entsprechende Rauchgasmelder alleine schon eine Möglichkeit geschaffen wird, um jene Zeit zu sichern, die einfach die Rettung dieser betagten alten Menschen geschaffen wird. Wir möchten also den vorbeugenden Brandschutz stärken, aber wir möchten auch, dass die Freiwillige Feuerwehr neben einer verbalen Anerkennung, die sie bisher von allen Seiten natürlich erfahren hat, auch entsprechend unterstützt wird in ihrem Dasein, wir haben alleine 40 12-Stunden-Dienste, die täglich absolviert werden und wir denken hier, dass wir auch hinsichtlich der Verpflegung der Freiwilligen Feuerwehr entgegenkommen sollten und hier sie entsprechend zu unterstützen haben.

Ich stelle daher den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat der Stadt Graz wolle beschließen, dass die Möglichkeit erörtert werden soll, als Zeichen unserer Anerkennung und Respekts gegenüber diesen Freiwilligen die im Dienst befindlichen Einsatzkräfte der Freiwilligen Feuerwehr Graz seitens der Stadt Graz mit ausreichender und ausgewogener Verpflegung zu versorgen und die Möglichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Graz zu verifizieren, zugunsten der Grazer Bürgerinnen und Bürger im integrierten Zusammenwirken mit den sozialen Einrichtungen und den verschiedenen Seniorenverbänden in Graz den

präventiven Brandschutz, insbesondere für Senioren, systematisch zu verbessern und künftig das jeweils erreichte höhere Niveau durch Nachbetreuung aufrechtzuerhalten. Ich stelle auch den Antrag, den Wunsch, die Forderung, den Gemeinderat bereits in der Sitzung im Juni 2010 über die hierzu bis dahin bereits stattgefundenen Gespräche, dessen Ergebnisse und vereinbarte Maßnahmen umfassend zu informieren. Ich hoffe, dass der Bürgermeister in Ausübung seiner Superkompetenz und die zuständige Frau Stadträtin Grabner hier Umsetzungen schaffen können und bin frohen Mutes, dass möglichst viele Gemeinderäte hier im Hause diesen Antrag zur Förderung des präventiven Brandschutzes für unsere alten, betagten Menschen unterstützen werden. Danke.

GR. Hohensinner zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat! Der Inhalt des Antrages ist ok aus unserer Sicht, die Dringlichkeit sehen wir nicht gegeben. Ich werde das jetzt argumentieren warum. Erster Punkt, ich finde es ganz gut, dass das BZÖ sich mit der Freiwilligen Feuerwehr auseinandersetzt und auch eine Unterstützung zusichert, auf jeden Fall. Die Idee, der Freiwilligen Feuerwehr ausgewogene und ausreichende Verpflegung bereitzustellen, ist eine Sache, die man diskutieren soll, aber es ist auch problematisch. Weil wenn wir es diskutieren, müsste man das Ganze breiter diskutieren. Weil wenn es eine Freiwillige Feuerwehr bekommen soll, hätte auch eigentlich das Rote Kreuz Anspruch, das Rote Kreuz hat die meisten Freiwilligen, in Graz über 1000, der Samariterbund wäre natürlich hier auch in Frage kommend, pro Humanis, Volkshilfe, Lebenshilfe, alle Freiwilligen, die in Graz tätig sind. Also wenn müssten wir die Diskussion breiter anlegen, deswegen ist der erste Punkt inhaltlich ok, aber jetzt nicht dringlich, wenn man das nur auf die Freiwillige Feuerwehr zuspitzt. Der zweite Punkt, die Idee, dass die Freiwillige Feuerwehr mit Grazer Sozialeinrichtungen zusammenarbeitet, ist auch sehr gut, aber, ich weiß nicht, ob du das Feuerwehrgesetz kennst, da gibt es nämlich zwei Punkte, die stehen festgeschrieben: Erstens, dass die Freiwillige Feuerwehr für die Brandabwehr zuständig ist und auch für die Brandprävention und das passiert, ich habe mich vergewissert bei der Freiwilligen Feuerwehr, es gibt solche Übungen mit Kindern, mit Schülern und mit Pensionisten und die Freiwillige Feuerwehr nimmt deinen

Vorschlag auch ernst und auf und sie schauen, dass sie das Angebot einfach ausweiten. Aber weil es festgeschrieben ist und es gibt das Ganze schon, ist es aus unserer Sicht nicht dringlich. Eine andere Geschichte noch zum Essen, es gibt Politiker dieses Hauses, die öfter schon bei der Freiwilligen Feuerwehr vorbeigeschaut haben, der Bürgermeister, die Frau Stadträtin Grabner, auch der Herr Korschelt und die haben so einen Jausenkorb mitgebracht und auf diese Art schon einmal die Türe aufgemacht für die Verpflegung. Vielleicht schließt du dich da an. Noch einmal, der Inhalt ist voll ok, die Dringlichkeit ist aus den bereits gesagten Punkten nicht gegeben, an dieser Stelle möchte ich mich aber bei Helmut Nestler, Enrico Radaelli und dem gesamten Team der Freiwilligen Feuerwehr für die tatkräftige Hilfe bedanken. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Mariacher**: Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Kollege Hohensinner! Zwei Punkte dazu. Das Erste ist, man kann den Schneeball natürlich immer mehr vergrößern und erweitern, sodass man ihn politisch nicht mehr handeln kann, das passiert oft genug in der Landesregierung und in der Bundesregierung, wir wissen, was dabei herauskommt. Ich finde, es ist oft viel besser, in den Punkten, wo man sieht, dass Handlungsbedarf besteht, wirklich einzuschreiten und man sollte auch bedenken, dass in allen Bereichen, wo Freiwillige sind, die das freiwillig machen und eben nicht vergattert werden können, wie es halt Beamte oder Mitarbeiter von Bundesorganisationen sind, die man einfach einteilt. Wenn ein Freiwilliger sagt, die Rahmenbedingungen passen nicht mehr, dann läuft man auch als Gemeinwesen Gefahr, dass der Schaden wesentlich größer ist als das, was wir momentan an Mitteleinsatz zu leisten hätten. Punkt zwei: Du hast richtig zitiert aus dem Feuerwehrgesetz heraus, ja, sie dürfen es machen, das ist eigentlich eine Unterstützung meines Antrages; in welcher Art und Weise beziehungsweise in welchem Umfang sie das machen, da kann man drüber diskutieren, es wird sicher Ansätze in diesen Bereichen geben, aber wenn ich mir anschau, wie viele alte Menschen, und das ist gerade unser Sinn und Zweck, möglichst in ihrem gewohnten Umfeld, in ihren Wohnungen nach Möglichkeit lange verbleiben sollten, dass sie uns nicht sozialmäßig belasten, wenn sie in Alten- und Pflegeheimen vorzeitig versorgt und betreut werden, dann ist es genau das, dass man diese Menschen dort auch zu

Hause sichert und sie unterstützt und ihnen entsprechende Hilfe anbietet. Und, Kollege Hohensinner, wir wären schlechte Politiker, wir wären absolut schlechte Politiker, wenn wir erst einschreiten und zum Nachdenken beginnen, wenn bereits große Unglücke passiert sind. Ich denke, wir sind alle reif und fähig und geschult und ausgebildet, dass wir vorab denken und dass wir Gefahrenpotentiale, die wir erkennen und die international belegt sind, dass wir die rechtzeitig angehen und dahingehend zielt auch mein Antrag. Danke (*Applaus BZÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.40 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.